



Mai 2024

## Unsere Europaplakate



Vorige Woche wurde eine Palette mit Europawahlmaterialien in der Borgfelder Straße angeliefert. Neben den abgebildeten Plakaten haben wir sog. „Testimonial-Flyer“ („Die LINKE ins EP, weil ...“) sowie Z-Cards mit einer Kurzfassung des Wahlprogramms erhalten. Dazu noch einige „Give aways“, u.a. Sattelschoner, Gummibärchen, etc. Die Aufstellung der Plakate ist für den 9./10. Mai geplant.

**Redaktionsschluss** für die Juni-Ausgabe:  
**Samstag, 01.06.2024**

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:  
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,  
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

### Inhalt:

1. Mai: Tag der Arbeit	S. 2
Aufrufe Tag der Befreiung	S. 3
Gegen alten und neuen Faschismus	S. 5
Wahlkampfinfos des Bezirksvorstands	S. 6
BO Wilhelmsburg/Veddel	S. 6
Radeln zum Frühlingsfest	S. 7
Das Elbtower-Desaster	S. 8
Verbot von Rüstungsexporten	S. 10
LAG Welthandel:	
Neokoloniale Handelspolitik der EU	S. 11
Termine / Kontakt	S. 13

## Heraus zum 1. Mai!

Die Preise sind explodiert. Die Profite der Unternehmen auch. Die Löhne nicht. Das Leben wird teurer. Der Alltag funktioniert nicht mehr. Ob eine Zugfahrt, ein Arzttermin, ob Schule oder Kita: Wo früher alles selbstverständlich war, heißt es nun Warten, Ausfall, Neuanlauf.

Worüber redet die Regierung? Über Erleichterung für Unternehmen. Von der Erleichterung für

die Beschäftigten der Unternehmen ist nicht die Rede. Sie wollen Klimaschutz über höhere CO<sub>2</sub>-Preise. Gleichzeitig verteuern sie den klimafreundlichen Nahverkehr. Sie wollen Atomwaffen und hunderte Milliarden für die Rüstungsindustrie. Sie schweigen über Wohnungsnot und Pflegenotstand. Sie reden davon, wie teuer Kinder sind, die in Armut leben, und sperren sich gegen eine gute Kindergrundsicherung. Aber wie viel teurer ist es, wenn unsere Kinder in Armut aufwachsen?

Reichtum wächst nicht einfach in den Händen weniger, Reichtum wird von Millionen Menschen erarbeitet, jeden Tag. Aber nur wenige Superreiche profitieren von dieser Arbeit der vielen. Wir wollen den Reichtum zurückholen, damit er allen nützt: Höhere Löhne statt höherer Profite. Wir wollen einen funktionierenden Sozialstaat, der den Alltag für alle besser macht – mit mehr Personal und guten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.



- Reichtum umverteilen: Niemand hat sich Milliarden verdient. Daher braucht es eine Vermögensteuer jetzt.
- Mit den Einnahmen können Kitas, Schulen, kostenfreier ÖPNV, öffentliche Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen ausgebaut werden, mit mehr Personal und besserer Bezahlung. Das ist gut für den Geldbeutel. Und es ist gut für die Demokratie.
- Vor hundert Jahren haben wir für den 8-Stunden-Tag gekämpft. Jetzt ist es höchste Zeit für die 4-Tage-Woche mit vollem Lohnausgleich und ausreichend Personal.
- Kein Lohn unter 15 Euro! Die europäische Mindestlohnrichtlinie schreibt für Deutschland in 2024 mindestens 14,14 Euro vor. Die Bundesregierung muss das umsetzen! Die Löhne hoch! Dafür müssen alle Beschäftigten von Tarifverträgen geschützt werden.

Der 1. Mai ist der Kampftag der Arbeiter\*innen-Bewegung: gemeinsam für mehr Lohn und mehr Zeit zum Leben.

- 
- [1. Mai - Tag der Arbeit: „Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit“](#) (Auftakt - **10:30 Uhr**, Max-Brauer-Allee Höhe Platz der Republik) | Linke-Treffpunkt: **10:15 Uhr** vor dem Altonaer Rathaus, **Friedensblock 10:15 Uhr** vor dem Altonaer Museum Abschlusskundgebung am Fischmarkt.
  - [1.-Mai-Demo für Umverteilung „Wer hat, der gibt“](#) (**14:30 Uhr**, Dammtor) Linke-Treffpunkt: **14:15 Uhr** Theodor-Heuss-Platz/Rothenbaumchaussee an der Stadtradstation

## Aufruf des VVN-BdA Bündnisses zum 8. Mai 2024 in Hamburg Befreiung feiern!



Am 8. Mai feiern wir die Befreiung weiter Teile Europas vom Nazi-Terror. Vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 waren mehr als 55 Millionen Menschen Terror, Vernichtungskrieg und Völkermord zum Opfer gefallen. Erst mit dem militärischen Sieg der alliierten Armeen über das Nazi-Regime fand das Morden ein Ende. Als Nachgeborene erinnern wir mit Scham und Mitgefühl an die Millionen Opfer der ungeheuren deutschen Verbrechen und mit Dankbarkeit an die alliierten Befreier. Unsere besondere Dankbarkeit gilt den mutigen Frauen und Männern, die in Deutschland und in allen von der Wehrmacht besetzten Ländern ihr Leben im Widerstand gegen den Faschismus eingesetzt und viel zu oft verloren haben.

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Diese in die Zukunft gerichteten Worte haben die befreiten Häftlinge von Buchenwald den Antifaschist:innen aller nachgeborenen Generationen als Vermächtnis hinterlassen. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das als Gegen-

entwurf zum faschistischen Staatsverständnis entstand, heißt es schon im ersten Artikel:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

### Errungenschaften verteidigen!

Tatsächlich ist die Geschichte der Verfehlungen gegen dieses Gebot lang und schmerzhaft: der Ausschluss so vieler Verfolgten von der Anerkennung ihres Leids und der damit verbundenen Entschädigung; die nie wirklich erfolgte „Entnazifizierung“ der staatlichen Institutionen und die ausgebliebene Strafverfolgung der Täter:innen; die ideologischen Kontinuitäten in allen Bereichen der Gesellschaft, die mit der fortgesetzten Stigmatisierung und Diskriminierung vieler Opfergruppen einhergingen...

Das Grundgesetz wurde seit 1949 immer wieder verändert: Remilitarisierung und Notstandsgesetze; Ausweitung von Befugnissen von Polizei und Geheimdiensten und die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, das eine unmittelbare Reaktion auf die Erfahrung der Nazi-Verfolgten war. Deutschland wurde 1999 wieder zu einem Krieg führenden Land, 2022 wurde die aktuelle massive Aufrüstung als „Sondervermögen“ ins Grundgesetz geschrieben.

### Zukunft erkämpfen!

Die Abschottung der Europäischen Außengrenzen, zuletzt durch das neue „Gemeinsame Europäische Asyl-System“ (GEAS) erneut verschärft, kostet Jahr für Jahr tausende Menschen auf der Flucht das Leben und Antifaschismus wird in offiziellen Gedenkreden gelobt, in der Praxis aber oft diskreditiert oder gar kriminalisiert. Aktuell erleben wir den rasanten Aufstieg der AfD unter Führung des Faschisten Höcke. Sie repräsentiert die gesamte extreme Rechte in diesem Land, ihre Mitglieder sind an vielfältigen Umsturzplanungen beteiligt und ihr Programm ist völkisch-national, antidemokratisch, unsozial und gewerkschaftsfeindlich. Sie nutzt das Parlament und die damit verbundenen Möglichkeiten als Plattform für Hass und Hetze. Die Parteienfinanzierung ermöglicht die hauptamtliche Beschäftigung von Tausenden Nazis.

Die AfD ist eine Gefahr für Leib und Leben von Millionen Menschen und die Demokratie in Deutschland. Darum fordern wir: AfD verbieten jetzt!

**Wir sagen: Nie wieder!**

Mit einem Verbot der AfD allein ist es allerdings nicht getan. Der Abbau des Sozialstaats und die Schaffung eines Niedriglohnsektors, eine Rentenreform, die Altersarmut zum Massenphänomen macht, und umfassende Privatisierung öffentlicher Aufgaben haben für eine massive Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben geführt. Damit hat die vorherrschende Politik schon lange vor der Gründung der AfD Grundlagen für die Spaltung der Gesellschaft und Vertrauensverlust in die demokratischen Prozesse gelegt. Zudem haben CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne mit der Übernahme des rassistischen Migrationsdiskurses den Nährboden für den Aufstieg der AfD gepflegt.

Wir feiern die Befreiung. Wir verteidigen Demokratie und Vielfalt. Wir kämpfen um eine solidarische Gesellschaft ohne Rassismus und andere menschenfeindliche Ausgrenzung. Wir kämpfen für mehr Demokratie, mehr Gerechtigkeit, mehr Geld für Bildung, Wissenschaft und Klimarettung

– statt mehr Polizei, mehr Überwachung und zunehmenden Militarismus.

Die Würde des Menschen und die Menschenrechte müssen endlich Leitfaden politischer Entscheidungen sein, auch an den europäischen Außengrenzen!

## Demonstration

**08.05.2024** um 16:30 Uhr

Platz der jüdischen Deportierten,  
Moorweidenstraße 38, 20146 Hamburg

Start der Demonstration: 17:00 Uhr

## Befreiungsfest

**08.05.2024** ab 17:30 auf dem Rathausmarkt

Musik, Vorträge, Stände, Kinderprogramm

## Wir sagen: nie wieder!

Liebe Genossen:innen,  
liebe Antifaschist:innen,

der „**Hamburger Ratschlag für den 8. Mai als Feiertag**“ lädt ein und ruft auf, den **8. Mai 2024** als Tag der Befreiung gemeinsam würdig mit der Festkundgebung auf dem Hamburger **Jungfernstieg von 12 bis 22 Uhr** zu begehen. Mit internationalistischem Kultur- und Bühnenprogramm und einem „Weg des Widerstands“ wollen wir der weltweiten Befreiung vom deutschen Faschismus und Weltkrieg gedenken und feiern. Es gilt zu bestimmen, wie die weltumspannende Allianz der Humanität, als positive Zäsur vom 8. Mai 1945, für heutige Völkerverständigung und internationale Sozial- und Friedensentwicklung Maßstab werden kann. Ihr seid herzlich eingeladen. Ruben Hittmeyer

---

## Festkundgebung zum 8. Mai:

### Der Tag der Befreiung muss Feiertag werden!

*„Was am Ausgang dieses Krieges stehen muss und wird, ist klar. Es ist der Beginn einer Weltvereinigung; die Schaffung eines neuen Gleichgewichts von Freiheit und Gleichheit; die Wahrung der individuellen Werte im Rahmen der Forderungen des kollektiven Lebens; der Abbau der nationalen Staatssouveränität und die Errichtung einer Gesellschaft freier, aber der Gesamtheit verantwortlicher Völker mit gleichen Rechten und Pflichten. Die Völker sind reif für eine solche Neuordnung der Welt.“*

*(Thomas Mann: „Deutsche Hörer!“, Radioansprachen nach Deutschland, November 1940.)*

Der Sieg der Menschheit über den deutschen Faschismus wurde am 8. Mai 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht besiegelt. Die Überwindung dieser Episode tiefster Erniedrigung der Menschenwürde war Ergebnis des internationalen und systemübergreifenden Zusammenwirkens humanistischer Kräfte: von Kommunist:innen, Sozialdemokrat:innen und bürgerlichen Kräften, von Gewerkschafter:innen und Pazifist:innen, Intellektuellen und Künstler:innen, Partisan:innen und Fluchthelfer:innen, Wehrmachtsdeserteuren und Mitgliedern der alliierten Streitkräfte von der Sowjetunion bis zu den USA.

Die Befreiung vom Faschismus war der Aufbruch zu einer Welt des Friedens und der Freiheit. Die Prinzipien des antifaschistischen Kampfes wurden mit der Gründung der Vereinten Nationen 1945 und in der Erklärung der universellen Menschenrechte 1948 zu allgemeinen Prinzipien menschlichen Zusammenlebens erhoben: Die Geschichte unter Beteiligung aller Völker als Gleiche fortzuschreiben, mit dem Recht des Stärkeren und Militarismus endgültig zu brechen und den Reichtum der Menschheit zum Wohle aller und zur Verwirklichung der Würde jedes Einzelnen kooperativ weiterzuentwickeln.

Die Voraussetzungen hierfür waren bereits geschaffen – mit der bürgerlichen Revolution in Frankreich 1789 für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, mit der Russischen Revolution 1917 für die Überwindung von Krieg und Ausbeutung und mit der Novemberrevolution in Deutschland 1918. Nie wieder sollte dieses Ringen um die Entwicklung der Menschheit fortan zurückgeworfen werden.

Im Potsdamer Abkommen über die deutsche Nachkriegsordnung schrieben die Siegermächte deshalb 1945 die Entmachtung der Wirtschaftskonzerne fest, die für den industriell organisierten Mord an der jüdischen Bevölkerung Europas verantwortlich waren. Die Verfasser:innen des 1949 verabschiedeten Grundgesetzes sahen eingedenk der Verheerungen des Eroberungs- und Vernichtungskriegs der Wehrmacht gegen die Sowjetunion mit 27 Millionen überwiegend zivilen Opfern ausdrücklich keine deutsche Armee vor, sondern machten die Verantwortung für den Frieden zur Prämisse (Präambel) und gaben dem internationalen Völkerrecht Vorrang vor den Bundesgesetzen (Art. 25).

Gleiche und unteilbare kulturelle, politische und soziale Menschenrechte, konsequente Abrüstung, die kooperative Gestaltung der internationalen Beziehungen und die Demokratisierung der Wirtschaft sind unvollendete Schlussfolgerungen aus der Befreiung. Zu ihrer Realisierung heute gehören der Kampf um die Wiederherstellung des Asylrechts, die Verwirklichung des Sozialstaatsgebots, die Beendigung von deutschen Rüstungsexporten sowie die Herstellung einer solidarischen Öffentlichkeit zur Verbreitung des Friedensgedankens.

Mit einem Bühnenprogramm aus Lesungen, Diskussionen und Musik sowie einem „Weg des Widerstands“ laden wir zur ganztägigen Festkundgebung auf dem Hamburger Jungfernstieg ein, aus den Motiven und Gesellschaftskonzeptionen der internationalen antifaschistischen Kräfte für eine zivile Kulturentwicklung zu lernen. Das ist Angelegenheit aller. Deshalb fordern wir: Der 8. Mai muss Feiertag werden!

Programm, Beteiligte und weitere Informationen zum 8. Mai: [www.8mai-hamburg.de](http://www.8mai-hamburg.de)

---

## Gegen den alten und neuen Faschismus

Am Freitag, den 3. Mai ist Großeinsatztag in Billstedt gegen den Faschismus:



- 1.) **Woche des Gedenkens** in Billstedt am Freitag 3. Mai 11:00 Uhr  
am Gedenkstein für die Opfer des Faschismus  
vor dem Kundenzentrum Billstedt, Öjendorfer Weg 9 in 22111 Hamburg

**Gedenken an die Befreiung -  
Gedenken sichtbarer und würdiger gestalten**

**Kundgebung** mit Musik in Anwesenheit von Bezirksamtsleiter Ralf Neubauer

Veranstalter: „Initiative Billstedt und Mümmelmannsberg sind bunt“

- 2.) Ab 13:00 haben wir unseren **Infostand** auf dem Billstedter Marktplatz beim Schweinske mit David Stoop

- 3.) Ab 15:00 hat die Partei Alles für Deutschland, die für die Interessen von Russland und China eintritt, einen Infostand auf dem Billstedter Marktplatz.

Dort ist **Protest** angesagt.

Wolfgang Strauß  
BO Billstedt

## Wahlkampfinfos vom BeVo

Am 25.4. wurden die Europawahlplakate und weiteres Infomaterial für den Europawahlkampf in der Borgfelder Straße angeliefert. (siehe Titelfoto)

Am Montag, 29.4. erfolgte die Anlieferung der Themenplakate für den Bezirkswahlkampf. Und am Montag, 6.5., kommen die Personenplakate.

Am Dienstag, 7.5., können die Plakate von den Stadtteilgruppen, zusammen mit anderem Wahlkampfmaterial in der Zeit von 12-17 Uhr abgeholt werden.

Wir bitten um Unterstützung am 6.5. Bitte meldet Euch unter [info@die-linke-hamburg-mitte.de](mailto:info@die-linke-hamburg-mitte.de).

Im Zusammenhang mit der Europawahl gibt es am Donnerstag, 30. Mai um 19 Uhr eine Veranstaltung mit dem Thema „**Lobbyland Deutschland und Europa**“ im Kulturpalast Billstedt, mit Marco Bülow, Autor von „Lobbyland“ und David Stoop (Hamburger Kandidat für die Europawahl). Marco Bülow führt ein, dann ein Gespräch mit David, anschließend Diskussion.

Wolfgang Strauß

I.A. des Bevo

## BO- Aktivitäten Wilhelmsburg/Veddel April

Texte: Sven-Friedrich Wiese, Fotos Ida Rockenbach, Karin Desmanowitz

### Rückschau:



Am Samstagvormittag, den 20.4., hat die BO-Wilhelmsburg/Veddel am Stübenplatz wie jeden Samstag einen Infostand gehabt und wurde diesmal tatkräftig von unseren Genoss\*innen Ida, Mena und Suna unterstützt. Unter anderem haben wir Unterschriften zur Beibehaltung der Möglichkeit der Bargeldzahlung in den Mensen gesammelt, ferner Flyer zu den Veranstaltungen des Gedenktages am 8.Mai verteilt und schließlich auch unsere aktuelle Linksinsulaner-Ausgabe den zahlreichen interessierten Wilhelmsburger Bürger\*innen überreicht.

### Vorschau:

### Besuch Olga Fritzsche auf unserer Bo-Sitzung



Am ersten Dienstagabend im Mai (7.5.) um 19 Uhr kommt unsere sozialpolitische Sprecherin der Linksparteifraktion in der Bürgerschaft zu unserer Stadtteilgruppensitzung und hält ein Inputreferat zur Vernichtung der sozialen Infrastruktur in Hamburg durch die Kürzungen im Bundeshaushalt und mangelndes Agieren des Hamburger Senats - unter anderem sichtbar bei der Schließung der Sozialkaufhäuser. Aufgrund von Wahlkampfplanungen mussten wir Olgas Besuch vom April in den Mai verlegen. Gäste aus anderen Stadtteilgruppen in unserem Bezirk HH-Mitte sind wie immer herzlich willkommen. Vom Hauptbahnhof bis zur S-Bahnstation Veddel, dort mit dem 13er-Bus, der alle 3 - 4 Minuten abfährt, bis zur Haltestelle Vogelhüttendeich und von dort nur noch eine Minute zu Fuß zu unserem Ortsbüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a.

## Radeln zum Frühlingsfest

**Die Linke Hamburg** hatte am Samstag, 27.4., alle Mitglieder und interessierte Bürger\*innen zu einem Frühlingsfest als Picknick auf den Michelwiesen eingeladen. Mittels "Klönschnack" kamen alle gerne unter- und miteinander ins Gespräch.



Einige Kandidat\*innen zu den Bezirkswahlen berichteten von ersten Erfahrungen in Talkrunden in mehreren Stadtteilen zu unterschiedlichsten Themen (z.B. Baumaßnahmen auf Straßen und Radwegen oder den Umbau von ehemaligen Pflegeheimen zu Flüchtlingsunterkünften).

Aus mehreren Stadtteilen gab es vorher Radtouren zu ausgewählten politischen "Brennpunkten".

Aus Hamburg-Mitte kam - dieses Mal - nur eine kleine Radgruppe zusammen.



Als Erstes wurde der Gedenkort **Schule am Bullenhusener Damm** (in Rothenburgsort) angefahren. Hier wurde noch am 20./21. April 1945 von der SS ein besonders grausames Kriegsendphasenverbrechen verübt: Zwanzig Kinder wurden zusammen mit ihren Betreuern, vier politischen Häftlingen, im Keller des Gebäudes erhängt. Die Opfer stammen aus Polen, den Niederlanden, der

Tschechoslowakei, Italien und Frankreich. In derselben Nacht wurden auch 24 sowjetische Kriegsgefangene dort erhängt. Die Schule wurde zwar 1948 wieder eröffnet, aber 1980 als Gedenkstätte umgewidmet und nach dem ebenfalls von den Nazis ermordeten polnischen Kinderarzt **Janusz Korczak** benannt. Heute wird ein Teil des Gebäudes als Kindertagesstätte genutzt. Auf der Rückseite befindet sich der sogenannte „**Rosengarten**“ mit Tafeln zum Gedenken an die Ermordeten.

Weiter ging es am Rande der Hafencity, dem Baakenhafenviertel mit dem unvollendeten "Elbtower", bis nach Wilhelmsburg zum noch unbauten bewaldeten Gelände "**Wilder Wald**", (Foto: Baumhaus der „Besetzer“) einem Grüngürtel und Frischluftzone für die industriereiche Elbinsel.



Zurück ging es durch Wilhelmsburg über die Rethebrücke durch den Freihafen.

Dann durch den Alten Elbtunnel, Landungsbrücken, Reimarusstraße auf die Michelwiesen. Den letzten Punkt (Park Fiction) haben wir nicht mehr geschafft. Uns war es zu heiß, und wir waren falsch gekleidet.

Zum Abschluss - und als Tipp auch für „gemütliche“ Radfahrer: von Wilhelmsburg S-Bahn oder Landungsbrücken gibt es einen mittlerweile gut ausgebauten Radweg, an dem sich immer wieder neue Eindrücke und Fotomotive finden lassen.

Nicht so Ängstliche fahren aber auch mal auf den kleinen Nebenwegen ...  
-ena, auch Fotos

## Das Elbtower-Desaster

Das Elbtower-Desaster ist ein ungemein virulentes Thema, denn am 11.4. sind auf Einladung unserer Bezirksfraktion HH-Mitte über 30 Bürger\*innen ins Wilhelmsburger Bürgerhaus gekommen, um den Ausführungen unserer beiden Referent\*innen, Heike Sudmann und Ronald Wilken, zu lauschen. Nach deren Ausführungen hat sich noch eine äußerst lebhaft Diskussionsrunde mit den Teilnehmer\*innen entwickelt. Es war, auch und gerade gemessen an der erfreulicherweise hohen Anzahl der Besucher\*innen, eine durch und durch gelungene Veranstaltung. Die Themen, die die Wilhelmsburger\*innen interessieren, liegen auf der Straße, und wir müssen sie nur aufgreifen. Zudem waren auch unsere Plakate im Vorfeld sehr geschickt an Bushaltestellen etc. aufgestellt.



Worum geht's? Die Bauarbeiten an dem Gebäude in der Hafencity ruhen seit Ende Oktober des vergangenen Jahres. Das beauftragte Bauunternehmen hatte die Arbeiten eingestellt, weil die Signa-Gruppe des österreichischen Immobilienunternehmers René Benko Rechnungen nicht bezahlt hat. Die Elbtower Immobilien GmbH & Co KG meldete im Januar diesen Jahres Insolvenz an. Sie ist eine mittelbare Tochter der ebenfalls bereits insolventen Signa Prime Selection AG. Benko hatte in der Niedrigzinsphase billige Kredite aufgenommen, finanzstarke Investor\*innen gewonnen und so seine Signa-Gruppe stark ausgebaut. Doch die zuletzt gestiegenen Zinsen, Baukosten und Energiepreise brachten sein komplexes Firmengeflecht in Schieflage.

„Die Ungereimtheiten und offenen Fragen rund um das Projekt Elbtower wachsen. Die Finanzierung ist ebenso zusammengebrochen wie die vermeintliche Sicherheit des Kaufvertrages. Dabei hat der Senat Millionenbeträge für Berater\*innen ausgegeben“, so Heike.

Deshalb fordert unsere Fraktion der Linken in der Hamburgischen Bürgerschaft einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zum Elbtower. In dem Antrag heißt es, der PUA solle untersuchen, „wieso das Elbtower-Projekt vom

Senat für wünschenswert und realistisch gehalten wurde“ und „ob das Ausschreibungsverfahren für das Grundstück wettbewerblich, transparent, diskriminierungsfrei und frei von unzulässiger Einflussnahme und Interessenkonflikten“ war. Eine weitere Frage unserer Bürgerschaftsfraktion lautet: Wieso wurde das Elbtower-Grundstück an den Investor übergeben, obwohl die Finanzierung des Projektes nicht sichergestellt gewesen sei? Und schließlich soll der PUA klären, wie der damalige Bürgermeister Olaf Scholz auf das Projekt eingewirkt hatte. Doch zu einem PUA und damit zu einem Zeugenauftritt des heutigen Bundeskanzlers wird es wohl nicht kommen, denn unsere Bürgerschaftsfraktion braucht unbedingt Hamburgs CDU-Fraktion für die Einsetzung des Ausschusses. 20 Prozent der Abgeordneten sind dafür nötig. Doch die CDU lehnt ab. Laut der CDU stehe es zwar außer Frage, dass dem Hamburger Bürgermeister Tschentscher und seinem Vorgänger Scholz bei der Vergabe des Projekts Elbtower an Signa Fehler unterlaufen seien, doch jetzt stelle sich nicht die Frage, wie es zu diesen Fehleinschätzungen beim ‚kurzen Olaf‘ kommen konnte. Ein PUA Elbtower würde derzeit keinen Beitrag zu notwendigen Lösungen darstellen.

Das sieht Heike als stadtentwicklungspolitische Sprecherin unserer Fraktion in der Bürgerschaft richtigerweise anders und sie wird sozusagen am Ball bleiben und den Finger weiterhin in die Wunde legen – zwecks Aufklärung der schwerwiegenden Fehler bei der Vergabe, damit sich so ein Desaster nicht noch einmal wiederholt.

Überhaupt sieht die Bürgerschaftsfraktion Großprojekte kritisch, wie sie in der Bürgerschaftssitzung am 24. April verdeutlichte. „Elbtower, Holstenareal und das XXL-Einkaufsviertel in der Hafencity zeigen einmal mehr, dass mit profitorientierten Projekten keine Stadtentwicklung gelingen kann“, führte Heike in der Bürgerschaft aus.

Weder die CDU- noch die SPD-geführten Senate haben verstanden, dass eine Stadt nun mal keine Marke, kein Unternehmen ist, sondern ein Gemeinwesen. „Beim Elbtower feierten die Großmannssucht eines Olaf Scholz und die Profitgier eines René Benko fröhliche Urständ“, kritisiert Heike. „Das Allgemeinwohl der Stadt verträgt keine geldgierigen Investor\*innen. Günstige Mieten, ausreichend Freiflächen und verträglicher Einzelhandel erfordern ein Stoppschild für Großmannssucht und Profitgier.“, so Heike weiter.

Zurück zu unserer Veranstaltung zum Elbtower-Desaster. Die berechtigten Fragen, die Heike stellte, lauten:



- Wie ist es zu der Entscheidung für SIGNA von René Benko gekommen, obwohl dieses Unternehmen nicht den höchsten Preis geboten hatte?
- Welche Rolle hat Olaf Scholz als damaliger Aufsichtsratsvorsitzender der HafenCity Hamburg GmbH gespielt?
- Weshalb ist der Grundstückskaufvertrag so schlecht für die Stadt ausgehandelt worden? Weder wurden Nachweise für die Finanzierungssicherheit während der mehrjährigen Bauzeit gefordert noch wurden Regelungen für den Insolvenzfall getroffen: So ist ein Wiederkaufsrecht bei Insolvenz in der Bauzeit eben so wenig vorgesehen wie ein Wiederkaufsrecht bei Insolvenz innerhalb eines Jahres nach Fertigstellung des Gebäudes. All dies ist in Anbetracht der schillernden Figur des Investors René Benko nicht nachvollziehbar.
- Hat Benko sein Politnetzwerk auch in Hamburg ausgebreitet? Welche Rolle hat der Altbürgermeister Ole von Beust gespielt, der als Berater von SIGNA tätig wurde?

Im Zusammenhang mit der letzten Frage erwähnte Heike, dass der Alt-Bürgermeister Ole von Beust in seiner Rolle als Berater von SIGNA der Fraktion ein Gespräch mit den Projektverantwortlichen anbot – wohl wissend, dass DIE LINKE den Elbtower ablehnte. Das Gespräch fand dann in Begleitung von Ole von Beust statt – änderte aber nichts an der ablehnenden Haltung der Fraktion.

Ronald ergänzte, dass der ehemalige Außenminister (Die Grünen) Josef „Joschka“ Fischer auch auf der Payroll von Benko gestanden habe und eine unheilvolle Rolle bei Benko-Großprojekten in Berlin spielte. Dass Fischer nach der Signa-Pleite nun auch Gläubiger von hohen Beratungshonorarforderungen gegen Benko ist, nötigt mir nur sehr begrenzt Mitleid ab.

Weitere Recherchen ergaben: Dubios war vieles, aber insbesondere die nicht gesicherte Finanzierung des Elbtower-Großprojektes versetzt einen nach wie vor in großes Erstaunen.

"Wir haben den Bau des Elbtowers durchfinanziert", erklärt der Signa-Deutschland-Chef noch im November 2022. Hamburgs Behörden, allen voran die HafenCity GmbH, glauben ihm. Es sei der "härteste Vertrag, der je mit einem Projektentwickler geschlossen wurde", sagt ein Behördenvertreter.

Zwei Monate vorher, im September 2022, bescheinigt die Raiffeisen-Landesbank Niederösterreich-Wien Signa Prime ein Kontoguthaben von 550 Millionen Euro. Das Schreiben der Bank ist der vertraglich verlangte "Eigenkapitalnachweis", den Signa erbringen muss. Für das geforderte Fremdkapital präsentiert Signa die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba), die ein Kreditvolumen von bis zu 750 Millionen Euro zusagt. Ein pensionierter Vorstand der Investitionsbank Berlin überprüft den Finanzierungsnachweis und gibt sein Okay. Zur Jahreswende zahlt Benkos Konzern die letzte Kaufpreisrate, damit sind alle Bedingungen erfüllt: Am 8. Januar 2023 übergibt die Stadt das Grundstück offiziell an Signa. Die Katastrophe kann ihren Lauf nehmen.

Am 27. Februar 2023 kündigt die Landesbank Hessen-Thüringen den Kreditvertrag mit Signa. Warum? Man äußere sich "grundsätzlich nicht öffentlich zu einzelnen Kundenbeziehungen und Kreditengagements", heißt es bei der Helaba. Wusste man in der HafenCity GmbH überhaupt, dass Signa seinen größten Elbtower-Geldgeber verloren hatte – und wenn ja, seit wann? Und hat man irgendetwas unternommen? Fragen, die die HafenCity GmbH unter Berufung auf "Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse" nicht beantwortet. Fakt ist: Knapp anderthalb Monate nach Grundstücksübergabe war – von der Öffentlichkeit unbemerkt – die Geschäftsgrundlage für den Elbtower entfallen. Und der Kaufvertrag sah für eine solche Situation keinerlei Interventionsmöglichkeit der Stadt vor. Nirgendwo steht, dass bei einem Wegfall der Kreditverträge neu verhandelt werden muss. Die angebliche Durchfinanzierung war plötzlich eine Luftnummer, der angeblich härteste Vertrag aller Zeiten offensichtlich eine Einladung zur Trickserie. Der Finanzierungsnachweis sei "anlass- und zeitpunktbezogen" zu erbringen gewesen, heißt es aus der HafenCity GmbH. Sprich: Lediglich zum Prüftermin am 30. November 2022 musste Signa ein volles Konto vorlegen – und eine, wie man heute weiß, wackelige Kreditvereinbarung. Dubios: Das Eigenkapital ist heute hier und morgen da und offensichtlich ist beim Fremdkapitalnachweis keine Belastbarkeit hergestellt worden.

Wer mehr über die Benko-Pleite und zum Elbtower-Desaster, die absehbar waren, erfahren möchte, dem sei die sehr gute Dokumentation „Rene Benko: der Zocker und die Politik“ in der ARD-Mediathek empfohlen.

Friedrich

## Das Friedensgebot des Grundgesetzes verwirklichen! Für ein Verbot von Rüstungsexporten über den Hamburger Hafen

*Diskussion zum Urteil des Hamburgischen Verfassungsgerichts gegen unser Volksbegehren*

Gegen den Kriegskurs Deutschlands und die zynischen Profite mit dem Rüstungsgeschäft haben wir uns zum Ziel gesetzt, allen Transport und Umschlag von Rüstungsgütern aus dem Hamburger Hafen zu verbannen. Wir werden nicht ruhen, bis wir einen zivilen Hafen in einer international solidarischen Stadt durchgesetzt haben und sind damit voll im Einklang mit dem Grundgesetz und der Hamburger Verfassung.

Als Lehre aus zwei Weltkriegen beinhaltet das Grundgesetz ein Friedensgebot, das sich in der Präambel, den Grundrechten und zahlreichen weiteren Bestimmungen als Leitlinie durchzieht und im Artikel 26 gefasst ist als: „(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen“. Auch die weitere Formulierung „(2) Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.“ war von den Grundgesetzbegründern als Restriktion im Sinne der Friedenssicherung gemeint, wurde aber von interessierter Seite (Kapital und Adenauer-CDU) als Schlupfloch für die Wiederbewaffnung Deutschlands missbraucht und wird bis heute zur Ermöglichung von Waffenexporten genutzt.

Die Bundesrepublik war im Jahr 2023 zweitgrößter Waffenexporteur hinter den USA. Um das zu legitimieren, wird das Grundgesetz zur Unkenntlichkeit verunstaltet („Sondervermögen Bundeswehr“) und auch der Grundsatz, dass nicht in „Länder, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht“\*, geliefert werden darf, ins Gegenteil zur moralischen Pflicht zu Waffenlieferungen verkehrt. Geliefert wird an die NATO-Partner, Saudi-Arabien, an die Ukraine, Israel, ..., alles im Namen der „westlichen Werte“, für die wir alle „kriegstüchtig“ werden sollen. Waffenlieferungen über den Hamburger Hafen und darüber hinaus zu beenden, ist umso wichtiger und brisanter geworden.

Davon hat der kreuzbrave Hamburger Senat uns mit dem Hamburgischen Verfassungsgericht abhalten wollen und das Gericht hat das Volksbegehren für nicht grundgesetzkonform erklärt (Urteil siehe: <https://www.hamburgisches-verfassungsgericht.de/entscheidungen/hverfg-3-2022>).

Demnach seien Waffenexporte Teil der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes (Artikel 73) und damit auf Landesebene nicht zu entscheiden. Wer die Freizügigkeit des Warenverkehrs einschränke, greife in die „Freiheit“ und gar in die „Grundrechte“ der Transport- und Hafenunternehmen ein, wofür uns eine gesetzliche Ermächtigungsgrundlage fehle. Eine untergesetzliche Verwaltungsvorschrift oder eine Teilentwidmung des Hamburger Hafens als öffentliche Sache, also die Bestimmung des Hafengebiets für den Transport rein ziviler Güter, seien daher auch unzulässig.

Nicht wir sind im Konflikt mit dem Grundgesetz, sondern die Bundesregierung! Sie hat die historische Verantwortung, aktiv und zivil für Diplomatie und Verhandlungen einzutreten. Das Friedensgebot bedeutet Freiheit von Gewalt, was eine unabdingbare Grundlage für die Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte überall ist. Es gibt kein Grundrecht auf Rüstungsgeschäfte. Die Freizügigkeit des Warenverkehrs steht nicht über dem Friedensgebot und dem Allgemeinwohl. Die Tatsache, dass nur der Bund Waffenlieferungen (zur Kontrolle) genehmigen darf, begründet keinen Anspruch auf Genehmigung und erst recht nicht auf bestimmte Transportwege. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt Hamburg über ihren Hafen verfügen können muss!

In unserer Veranstaltung wollen wir mit **RA Wilhelm Achelpoehler** und anderen politisch und juristisch Interessierten das Urteil des Verfassungsgerichts kritisch diskutieren und weitere bundes- und landesgesetzliche Möglichkeiten erörtern: Wie kommen wir weiter, damit der Hamburger Hafen rüstungsfrei wird? Und wie können wir dafür wirken, dass der Bund seine Aufgabe der Friedenssicherung sorgfältig wahrnimmt und Rüstungsexporte generell beendet?

Seid eingeladen, mitzudiskutieren und für die Durchsetzung des grundgesetzlichen Friedensgebots mitzuwirken!

**Dienstag, den 14. Mai 2024, um 18 Uhr**

**Curiohaus Raum ABC, Rothenbaumchaussee 15  
(Nahe Dammtor Bahnhof)**

\*Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern:  
[https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/P-R/politische-grundsaeetze-fuer-den-export-von-kriegswaffen-und-sonstigen-ruestungsguetern.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/P-R/politische-grundsaeetze-fuer-den-export-von-kriegswaffen-und-sonstigen-ruestungsguetern.pdf?__blob=publicationFile&v=1)

## Handel(n) von Links. Veranstaltung am 23.5., 19 Uhr: Die neokoloniale Handelspolitik der EU

*Das Herz von St. Pauli, das ist meine Heimat  
In Hamburg, da bin ich Zuhause'  
Der Hafen, die Lichter, die Sehnsucht begleiten  
Das Schiff in die Ferne hinaus*

Fans des FC St. Pauli dürften diese Zeilen nicht fremd sein. Der Hafen ist nicht nur Dreh- und Angelpunkt der Hamburger Identität: Bereits zu Zeiten der Hanse war der Hafen prägend für die Wirtschaft, Kultur, Demokratie und Gesellschaft der Stadt. Der Hafen ist eng verbunden mit dem Fernhandel, der einige Vorteile in unserem alltäglichen Konsumverhalten bietet: Wir essen chilenische Avocados, texten auf südkoreanischen Smartphones oder fahren in japanischen Autos. Doch was sich im ersten Moment großartig anhört, ist bei näherer Betrachtung durchaus kritisch zu sehen.

### Was ist Freihandel?

Handel ist so alt wie die Menschheit selbst und für sich gesehen, nichts Schlechtes. Er ist Teil unseres Wirtschaftens und hat sich vom Handel im Kleinen und auf Tauschbasis, zum Beispiel Ackerbauer\*in mit Viehzüchter\*in, zum internationalen Handel auf monetärer Basis (zumeist in US-Dollar) entwickelt. In der Vergangenheit, beispielsweise in der Zeit des Merkantilismus, führten Handelsbeschränkungen, meistens in der Form von Zöllen, zu einer Einschränkung des Handels. Im Gegensatz dazu leben wir heutzutage in einer Realität, in der Handelsbeschränkungen kaum noch eine Rolle spielen. Durch den gemeinsamen Binnenmarkt der EU und ihrer Freihandelsabkommen mit Drittstaaten können Waren aus dutzenden Ländern ohne Einschränkungen auf dem deutschen Markt angeboten werden. Zudem ist Deutschlands Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO) zu benennen, die sich mit der Regelung von internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen beschäftigt und 1994 in Folge der Uruguay-Runde aus dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) hervorging.

### Was sind Zölle und warum erheben Staaten sie?

Ein Zoll ist nichts anderes als eine Steuer auf importierte Waren. Wer zum Beispiel ein Fahrrad aus Libyen importiert, zahlt zusätzlich 14% des Preises an den Staat. Hierin liegt auch eine der Motivationen Zölle zu erheben: Sie generieren eine Einnahme für den Staatshaushalt. Allerdings ist der Einnahmezweck heutzutage kaum noch relevant für die meisten Staaten. Vielmehr wer-



< Friedrich List, „Erfinder“  
des innerdeutschen Freihandels (Wikipedia)

den Zölle heutzutage eingerichtet, um inländische Wirtschaftszweige zu schützen. Der Ökonom Friedrich List spricht beispielsweise vom Erziehungszoll. Wenn wir in

Deutschland eine Avocadoproduktion etablieren wollen würden, sollten wir den Zoll auf Avocados so hoch setzen, dass sich der Anbau in Deutschland, der ohne Zoll aufgrund klimatischer Bedingungen unrentabel ist, für die Produzenten rechnet. Sobald unsere neue Avocadoproduktion international wettbewerbsfähig ist, sollten wir die Zölle stetig abbauen, damit sie weltweit konkurrieren und sich weiter verbessern kann.

Eine weitere Art von Schutzzöllen sind Antidumpingmaßnahmen. Während Avocados made in Germany wohl ein Gedankenexperiment bleiben, sind Antidumpingzölle eine reale Gegenmaßnahme zu Subventionen anderer Staaten. Wollen wir unser Fahrrad statt aus Libyen aus der Volksrepublik China importieren, zahlen wir statt 14% satte 48,5% Zoll. Mit Antidumpingmaßnahmen wird verhindert, dass sich Industriezweige anderer Länder durch Subventionen unlautere Vorteile beschaffen. Eine Subvention kann gewissermaßen als das Gegenstück zum Zoll betrachtet werden.

### Was spricht für Freihandel?

Für freien Handel spricht, dass die gegebenen Vorteile von gewissen Staaten zum Wohle aller genutzt werden können. Chile kann zum Beispiel deutlich günstiger Avocados produzieren als Deutschland. Dahingegen ist hierzulande die Produktion anderer Güter (z.B. Autos) günstiger. Adam Smith spricht von absoluten Kostenvorteilen. Diese Idee wurde von einem weiteren liberalen Ökonomen, David Ricardo, um komparative Kostenvorteile erweitert. Demnach profitieren zwei Länder beide von zollfreiem Handel, sogar wenn eine der beiden Parteien den absoluten Kostenvorteil für beide Güter besitzt. Diese Ideen wurden um verschiedene Theorien, beispielsweise um die Verfügbarkeit von Produktionsfaktoren, also Arbeit und Kapital im Heckscher-Ohlin-Theorem erweitert. Das Stolper-Samuelson-Theorem beschäftigt sich mit der Tatsache, dass der Preis desjenigen Faktoreinkommens (z.B. Lohn für Arbeit, Zinsen auf Kapital) eines Han-

delsguts steigt, das bei der Produktion desselben Handelsguts intensiver genutzt wird. Steigt also der Preis von arbeitsintensiven Avocados, steigen die Löhne, wohingegen bei Preissteigerungen von kapitalintensiven Autos die Kapitalerträge erhöht werden. Weitere relevante Theorien über die Preisgestaltung sind das Rybczynski-Theorem oder das Lerner-Samuelson-Theorem.

### Was spricht gegen Freihandel?

Während Konsument\*innen von sinkenden Preisen profitieren, kann durch die Anwesenheit von Handelsbeschränkungen die arbeitende Bevölkerung profitieren. Da zum Beispiel deutsche Fahrradproduzenten nicht in Konkurrenz mit den chinesischen stehen, können die Angestellten in der heimischen Produktion höhere Löhne aushandeln. Gleichzeitig werden aber auch die Preise von Gütern (in diesem Fall Fahrrädern) durch die mangelnde Konkurrenz steigen.



„Tor zur Welt“ Burchardkai, (Quelle: Hafenhamburg)

Für sich entwickelnde Ökonomien ist der Freihandel aus mehreren Perspektiven eher eine Bürde als ein Segen. Erstens profitieren laut Ricardo zwar alle beteiligten Staaten von Freihandel, jene, die effizienter produzieren können, profitieren aber deutlich mehr. Der „Abstand“ zwischen entwickelten und weniger entwickelten Staaten vergrößert sich dadurch. Zweitens exportieren entwickelte Staaten andere Güter als weniger entwickelte. Die realen Austauschverhältnisse verschlechtern sich laut der Prebisch-Singer-These über die Zeit, sodass Chile mit der Zeit mehr Avocados pro importiertem Auto aus Deutschland exportieren muss. Drittens entzieht die Abwesenheit von Handelsbeschränkungen den Entwicklungsländern ein wichtiges Instrument zur Entwicklung der eigenen Wirtschaft. Was List Erziehungszoll nannte, wurde von Chang in dem Buch mit dem griffigen Titel „Kicking Away the Ladder“ („Die Leiter wegstücken“) beschrieben. Demnach herrscht ein großer Druck auf sich entwickelnde Ökonomien, ausgehend von Industrie-

staaten, Regulationen und Institutionen einzuführen, die den Freihandel stützen, aber gleichzeitig das Entwicklungspotential der heimischen Wirtschaft einschränken. Dabei wurden genau gegenteilige Mittel zur Entwicklung von allen industrialisierten Staaten verwendet, um auf die derzeitige „Entwicklungsstufe“ zu klettern.

### Wieso gibt es Freihandel?

Für die Existenz von Freihandel gibt es neben rein ökonomischen Gesichtspunkten weitere eher politische Erklärungsansätze. Aus inländischer Sicht gibt es die Möglichkeit, dass sich Koalitionen bilden, zum Beispiel Arbeiter\*innen und Kapitalbesitzer, beziehungsweise deren parlamentarische Vertretungen, um Zölle zu reduzieren und Konsumgüterkosten zu senken. Eine weitere Möglichkeit ist es sich die Größe eines Staates anzusehen. Tendenziell haben kleinere und rohstoffarme Staaten ein Interesse an Freihandel, da sie nicht ausreichend viele Güter für ihre eigene Bevölkerung herstellen können. Außerdem spielen hegemoniale Staaten (in der Historie insbesondere das Vereinigte Königreich und die USA) eine wichtige Rolle für das Durchsetzen des Freihandels. Sie können militärischen, wirtschaftlichen, intellektuellen oder institutionellen Druck auf kleinere Staaten ausüben und tun dies, weil der Freihandel ihnen mehr nützt als den Konkurrenten.

### Wo erfahre ich mehr zu dem Thema?

**Die AG Welthandel und globale Entwicklung der Hamburger Linken lädt am 23.5.2024 zur Podiumsdiskussion „Die neokoloniale Handelspolitik der EU“ ein. Geladene Gäste sind MEP Helmut Scholz, Aktivist und Doktorand Africa Kiiza, sowie Thomas Fritz von PowerShift. Die Diskussion findet um 19 Uhr im Landesjugendring, Güntherstraße 34 statt und wird darüber hinaus gestreamt. Kommt gerne dazu, stellt Fragen und diskutiert mit!**

### Wie kann ich mich einbringen?

Unsere AG trifft sich regelmäßig um über Handels- und Entwicklungspolitik zu diskutieren. Gerade in einer Stadt wie Hamburg, die als „Deutschlands Tor zur Welt“ gilt, wollen wir die Handelspolitik mitgestalten. Deswegen wollen wir uns bald näher mit dem Hamburger Unternehmen Neumann Kaffee, das in der Vergangenheit durch Landgrabbing in Uganda aufgefallen ist, beschäftigen. Vorwissen zu Handelspolitik wird nicht erwartet! Melde dich bei Interesse gerne unter der [ag-welthandel@die-linke-hamburg.de](mailto:ag-welthandel@die-linke-hamburg.de)

Patrick Walkowiak

## Termine in (und für) Mitte

### **Immer freitags, 17 bis 18 Uhr**

**Mahnwache** für den Gedenkort Stadthaus  
Stadthausbrücke

### **Mittwoch, 01. Mai, 10:30 Uhr**

**Maidemonstration des DGB**

Altona, Platz der Republik

### **Mittwoch, 01. Mai, 14:30 Uhr**

**Maidemonstration des Bündnisses**

„Wer hat, der gibt“

ab Bahnhof Dammtor/Th.-Heuss-Platz

### **Samstag, 04.05. 11 Uhr:**

**Rotes Frühstück (für alle)**

Büro Borgfelder Straße 83

### **Dienstag, 07.05., 19 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**

Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

### **Mittwoch, 08.05., 12 und 16:30 Uhr:**

**Festkundgebung und Demonstration zum Tag der Befreiung**

(siehe Seiten 3ff.)

### **Montag, 13.05., 16:30 Uhr**

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**

Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

### **Mittwoch, 15.05., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**

Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

### **Donnerstag, 16.05., 19:30 Uhr**

Treffen der **BO St. Pauli**

im "**Buttclub**", St. Pauli-Hafenstraße 126

Das Treffen der **BO n HaHoBo und Billstedt** fällt im Mai wegen der Plakatierungsaktion aus.

## **Juni 2024**

### **Dienstag, 04.06., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**

Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

### **Sonntag, 09.06. ganztägig**

**Wahlen zum europäischen Parlament und zu den Bezirksversammlungen** in den Wahllokalen, abends Wahlfete?

### **Donnerstag, 13.06., 19:30 Uhr**

Treffen der **BO St. Pauli**

im "**Buttclub**", St. Pauli-Hafenstraße 126

### **Mittwoch, 19.06., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**

Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

### **Donnerstag, 20.06., 18:00 Uhr (??)**

Treffen der **Stadtteilgruppen HaHoBo und Billstedt**

Büro Borgfelder Straße 83

*Das wäre der turnusmäßige dritte Donnerstag.*

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.

Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck

fremdes@gmx.de

*Die Termine der Infostände erfragt bitte bei eurer Stadtteilgruppe bzw. entnehmt sie den Rundschreiben des BeVo.*

*Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei:*

*<https://www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/termine/>*

*Und der der Bürgerschaftsfraktion:*

*<https://www.linksfraktion-hamburg.de/termine>*

## **Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte**

### **Bezirksvorstand:**

### **Telefon**

### **Mail**

Laura		
Michelle Stoop		
Rhia Baguley		
Sophia Lund		
Quentin		
Wolfgang Strauß (Schatzmeister)		wolfgang-strauss@gmx.net
Gesamtvorstand		bv-mitte-vorstand@lists.die-linke-hh.de
<b>Facebook</b>	<a href="https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/">https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/</a>	
<b>Im Netz:</b>	<a href="http://www.die-linke-hamburg-mitte.de">http://www.die-linke-hamburg-mitte.de</a>	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

**Spendenkonto** DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX